

Die Herrschaft Wiepersdorf als Restgut

Kapitel aus der Magisterarbeit „Die Herrschaft Wiepersdorf im 20. Jahrhundert“ von Jürgen Stich, 1997

Die Bodenreformverordnung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg im September 1945 beendete eine Phase der Rechtsunsicherheit. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß die Neuverteilung mit Enteignungen und Vertreibungen jener verbunden war, die bisher hier ihre Existenz und Heimat hatten. Der Neuanfang ging zu Lasten jahrhundertealter Besitzstände. Die Radikalität dieses Einschnittes war vielen Menschen unbehaglich. Die persönliche Not der Einwohner, das Chaos der ersten Friedensmonate und der endlose Strom von Flüchtlingen, für die eine Existenzgrundlage geschaffen werden mußte, ließen das Unbehagen jedoch in den Hintergrund treten.

Nur wenige Wiepersdorfer nahmen die Gutsherrschaft noch als Wirtschafts- und Kultureinheit wahr. Die zentrale Bewirtschaftung erfolgte aus praktischen Erwägungen. Es ist bezeichnend, daß in Wiepersdorf erst nach der Enteignungsprozedur, die durch eine öffentliche Bauern- und Siedlerversammlung am 4. Oktober 1945 legitimiert wurde, erste Ansätze für einen wirtschaftlichen Neuanfang fassbar werden. Innerhalb der Dorbevölkerung schälten sich diejenigen heraus, die neue Strukturen durchsetzten. Der seit 1942 amtierende Bürgermeister Wilhelm Schemmel, der abgesetzte Lehrer Erich Tappe und einige alteingesessene Familien übernahmen die Neuverteilung des Gutslandes.

Das Sägewerk mit der Produktionsstätte für Zäune und Generatorenholz lag brach. Im Oktober 1945 stellte der ehemalige Brennereimeister Karl Bottin den Antrag, das Sägewerk wieder in Betrieb zu nehmen. Er bot an, das Land, die Gebäude und die Maschinen käuflich zu erwerben und forderte die Kreisverwaltung auf, „eine Persönlichkeit zur Abschätzung und Festsetzung des Kaufpreises“ zu entsenden. Bottins Vorhaben scheiterte an den ungeklärten Besitzverhältnissen. Das Land lag zwar im Bodenfonds der Gemeinde, die Maschinen wurden aber von der Berliner Firma Lahr, Gawron und Co. beansprucht. Sie protestierte erfolgreich gegen die Beschlagnahme und bemühte sich, die Produktion wieder aufzunehmen. Partner war nun nicht mehr die von Arnimsche Forstverwaltung, sondern die Gemeinde Wiepersdorf, die das Holz zur Verfügung stellte und Land an die Firma verpachtete.

Die tiefgreifenden Umwälzungen konnten das Bewusstsein für das historische Erbe des Ortes nicht gänzlich auslöschen. Die äußeren Zeichen waren noch vorhanden. Das Schloß, der Gutshof, die Besatzer als neue „Herren“, die leitenden Gutsangestellten und die Mitglieder der Familie von Arnim symbolisierten die Kontinuität des herrschaftlichen Ortes.

Diese Übergangsphase war für viele Güter der Provinz charakteristisch. Sie endete meist mit der Bodenreform und der Übernahme der Gutshäuser und Schlösser durch die Siedler. Nicht selten ist der endgültige Bruch mit der Vergangenheit dadurch besiegelt worden, daß die Herrenhäuser abgetragen und aus der Erinnerung getilgt wurden.

Die besondere Entwicklung der Herrschaft Wiepersdorf nach 1945 hing von vielen Faktoren ab. Entscheidend war die lange Anwesenheit der Besatzer. Die komplette Aufsiedlung des Gutes wurde dadurch verhindert. Andererseits entstanden Freiräume für diejenigen, die nach Nutzungsmöglichkeiten für das Schloß und das Restgut suchten. Daran waren in erster Linie die Mitglieder der Familie von Arnim, die mit der alten Herrschaft persönlich verbundenen Gutsangestellten und auch der neu hinzugekommene Otto Matton interessiert. Darüber hinaus blieb den deutschen Selbstverwaltungsorganen in Berlin, Potsdam und Luckenwalde nicht verborgen, daß sich in Wiepersdorf ein kulturelles und wirtschaftliches Potential erhalten hatte, das als eigenständige Einheit unabhängig vom Dorf in Anspruch genommen werden konnte.

Im Mittelpunkt aller Bemühungen um den Schutz des Wiepersdorfer Erbes stand Bettina Encke. Nach der Intervention ihres alten Freundes Iwan Katz war zunächst das „Heimatrecht“ gesichert. Mit Katz besprach sie die Gesamtsituation. In seinem Schreiben an die Provinzialverwaltung vom 3.11.1945 entwickelte Katz die Idee, „Gut Wiepersdorf ... als Mustergut und historische Wohnstätte unter provinzielle Obhut zu nehmen“. Darüber hinaus forderte er, „die grossen und überaus wertvollen Literatur- und Kunstschätze in Wiepersdorf vor weiterer Plünderung und Verschleuderung zu bewahren“ und „diese Schätze durch die zuständige Stelle der Provinzialverwaltung oder der kommenden Reichsverwaltung“ zu beschlagnahmen und sicherzustellen.

Es ist überraschend, daß die Provinzialverwaltung Brandenburg nicht auf die Hinweise Bettina Enckes und Iwan Katz' reagierte. Bereits im Oktober 1945 hatte die Abteilung Volksbildung des Brandenburgischen Vizepräsidenten Fritz Rücker an alle Landräte und Bürgermeister verfügt,

„Buchbestände der enteigneten Grossgrundbesitzer, Kriegsverbrecher usw.“ sicherzustellen. Die Bodenreformverordnung hatte die Besitzrechte an den Inneneinrichtungen offen gelassen. Bis zur Klärung standen die Sachen unter dem Schutz der Provinzialverwaltung. Im Zuge dieser Aktion hätte die Wiepersdorfer Bibliothek bereits auffallen müssen. Es gab jedoch keine Rückmeldung der Kreisverwaltung oder des Bürgermeisters nach Potsdam. Möglicherweise war die Bergung der Bücher durch die Besatzung verhindert worden. Doch zeigen andere Fälle, daß die Rettung des Kulturguts meist am Desinteresse oder an der Selbstbereicherung der lokalen Behörden scheiterte.

Bettina Encke konzentrierte ihre Bemühungen weiterhin auf Berlin. Sie suchte den Kontakt zur Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV), die durch den SMAD-Befehl Nr. 17 am 27.7.1945 ins Leben gerufen worden war. Obwohl die Zentralverwaltungen keine Weisungsbefugnisse hatten, konnten sie durch ihre enge Bindung an den Apparat der SMAD und durch persönliche Interventionen in Karlshorst oft mehr bewirken als die lokalen deutschen Behörden. Die DVV war mit ihren Abteilungen Schulwesen, Hochschulen und Wissenschaft, Kulturelle Aufklärung und Kunst und Literatur maßgeblich am Aufbau des kulturellen Lebens in der SBZ beteiligt. Iwan Katz war über die Struktur der DVV gut informiert. Er vermittelte Bettina Encke an die entscheidenden Mitarbeiter.

Einer von ihnen war der Physiker Friedrich Möglich (1902-1957), der als Referent in der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft bis Januar 1946 tätig war. Er arbeitete eng mit der SMAD in Karlshorst zusammen. Möglich bot Bettina Encke seine Hilfe an. Er informierte am 24. November 1945 seinen Vorgesetzten Theodor Brugsch über „die Bibliothek und die Kunstgegenstände aus der Romantikerzeit, die Achim v. Arnim, Bettina v. Arnim und Clemens Brentano vor 130 Jahren (in Wiepersdorf) gesammelt haben“. Er schlug vor, „so schnell wie möglich mit einem Lastwagen die in Schloß Wiepersdorf und auf den umliegenden Feldern noch vorhandenen Buch- und Kunstschätze abzuholen und der Universitätsverwaltung Berlin zu Gunsten des Germanistischen Institutes zu überweisen“. Um den Abtransport zu sichern, müsse der Lastwagen einen Ausweis erhalten, „der sowohl in russischer wie in deutscher Sprache die Notwendigkeit der Buch- und Kunstgegenstände auf Grund des einschlägigen Befehls des Marschalls Shukow bescheinigt“. Möglich bereitete in Berlin alles vor. Der Rektor der Berliner Universität, Johannes Stroux (1886-1954), konnte ihm zwar keine „definitive Zuweisung geeigneter Räume“ zusagen, war aber mit einer vorläufigen Übernahme der Bücher einverstanden.

Trotz guter Vorbereitung scheiterte das Vorhaben, das für die ersten Tage des Dezember 1945 geplant war. Vermutlich hat die SMAD den Transport nicht genehmigt. Damit stand kein Lastwagen zur Verfügung. Außerdem konnte Bettina Encke nicht nachweisen, daß sie „juristisch verfassungsberechtigt“ war. Bis 1952 gab es keinen weiteren Versuch, die Romantikerbibliothek in Sicherheit zu bringen. Die Verluste, die durch Diebstähle und Plünderungen entstanden, lassen sich kaum abschätzen. Die treuhänderische Verwaltung der Schlosseinrichtung durch die Provinzialverwaltung bot keinen Schutz. Der Landrat und die Kreisbehörden blieben passiv. Das zeigte sich deutlich, als die Abteilung Volksbildung der Provinzialverwaltung durch den Runderlass 246/IV im März 1946 erneut den Versuch machte, verlorenes Schlossinventar sicherzustellen. Die Landräte wurden aufgerufen, ihre Meldungen innerhalb einer Woche einzureichen. Aus dem Kreis Luckenwalde gab es keine Reaktion.

Nach den vergeblichen Versuchen, wenigstens Teile des Familienbesitzes vor dem Verlust zu retten, wandte sich Bettina Encke direkt an den Präsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg. Gemeinsam mit Otto Matton arbeitete sie Pläne aus, die das Gut als Einheit erhalten sollten. Die detaillierten Angaben über Größe und Betriebsabläufe lassen darauf schließen, daß Gutsinspektor Erich Bleck und Förster Sommerfeld an der Ausarbeitung beteiligt waren. Der Vorschlag „Wiepersdorf-Bärwalde als Versorgungs-, Saatgut- und Lehrbetrieb“, den die Wiepersdorfer Gruppe am 15. Dezember 1945 nach Potsdam weiterleitete, basierte auf zwei Überlegungen. Bereits im Oktober hatte die „F. von Lochow-Petkus GmbH.“ an alle ehemaligen Anbaustationen die Bitte gerichtet, die Aufteilung des Betriebes in Kleinparzellen zu verhindern. Der Mangel an Saatgut für die Frühjahrssaaten 1946 ließ es möglich erscheinen, „die Erhaltung als Saatvermehrungsbetrieb“ bei der Provinzialverwaltung zu erreichen. Außerdem meldete der Brandenburgfunk am 1. Dezember 1945, daß auf bisher nicht aufgeteilten Gütern die Begründung von Jungbauernschulen geplant sei. Auch dafür schienen die Voraussetzungen in Wiepersdorf gegeben zu sein.

Die Gruppe ging von der Gesamtgröße des ehemaligen Gutsbetriebes aus. Die Ergebnisse der Bodenreform wurden ausgeblendet. Die Bewirtschaftung des Wiepersdorfer Saatgutbetriebes sollte 1.000 Morgen Ackerland, 100 Morgen Wiesen und 2.200 Morgen Wald umfassen. Die Gärtnerei, die Brennerei und das Sägewerk wurden mit eingeplant, ebenso „der Maschinenpark“ und „der vor einigen Jahren beschaffte Mähdrescher“. In Bärwalde sollten auf 900 Morgen Ackerland Hochzuchtsaaten

erzeugt werden. Beide Betriebe waren gleichzeitig als Schulungsbetriebe für Jungbauern angedacht, wobei „passende Unterkünfte für die Schüler“, vermutlich ehemalige Saisonarbeiter-Baracken, reichlich zur Verfügung standen. Als „Leiter und Lehrer“ war Otto Matton vorgesehen.

Das Konzept wirkt zwei Monate nach der Enteignung ziemlich unrealistisch. Man muß jedoch bedenken, daß zwischen der Verlosung der Landstücke und der tatsächlichen Aufteilung des Gutlandes einige Zeit verging, in der die Wirkungen der Bodenreform noch keineswegs absehbar waren. Bettina Encke ging zwar davon aus, „daß die Betriebe Wiepersdorf-Bärwalde für die Siedlung vorgesehen“ seien, doch bezog sie diese Entscheidung nur auf die bereits „ansässigen, landarmen Bauern, die schon ihre Gehöfte haben“. Nichtlandwirte und Flüchtlinge, so befand sie, „finden hier einen guten Verdienst in der Forst und im Säge- und Holzverarbeitungswerk“. Es sei „bei dem augenblicklichen Rohstoffmangel“ gar nicht möglich, „für diese Menschen Gehöfte zu errichten, Maschinen und Vieh zu beschaffen“.

Bettina Encke übersah, bewusst oder unbewusst, den politischen Gehalt der Bodenreform. Der Präsident der Provinzialverwaltung leitete das Konzept an die Abteilung Landwirtschaft und Forsten weiter. Weil sich der Vorgang nur in den Akten der Kreisverwaltung erhalten hat, muß man davon ausgehen, daß die Potsdamer Behörde die Angelegenheit zur Entscheidung nach Luckenwalde abgegeben hat. Kreisrat Lamberz war für die konsequente Durchführung der Bodenreformverordnung bekannt. Bei ihm mußte ein Konzept, das die Aufteilung des Gutes in Frage stellte, auf Ablehnung stoßen.

Bettina Encke blieb hartnäckig. Im Januar 1946 mahnte sie in Potsdam erneut eine Entscheidung an. Aus „kulturellen und menschlichen Gründen“ bat sie die Provinzialverwaltung um die Überlassung des Restgutes und „freie Verfügung über eine Etage des Gutshauses“. Die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform entschied daraufhin, daß „Frau Bettina Encke im Gutshaus Wohnung nehmen“ könne. Zur Überprüfung der örtlichen Verhältnisse wurde Dr. Helling nach Wiepersdorf entsandt. Helling war Leiter der Abteilung III B 3, Landwirtschaftliches Schulwesen, die der Abteilung Landwirtschaft und Forsten untergeordnet war.

Einen Tag vor Helling's Wiepersdorf-Reise teilte sein Vorgesetzter, Vizepräsident Heinrich Rau, dem Landrat mit, daß „das Restgut Wiepersdorf und das Gut Bärwalde der Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen zur Errichtung einer Landfrauenschule bzw. einer landwirtschaftlichen Lehrwirtschaft übergeben“ worden sei. Die Besichtigung, die am 20. Februar 1946 gemeinsam mit Landrat Ludwig stattfand, ergab jedoch kein günstiges Bild. Die „Anordnung der ziemlich altmodischen Räume“ und die schlechte Verkehrsanbindung beurteilte Helling „negativ“. Die noch nicht aufgesiedelte Ackerfläche, die Gutsgärtnerei und das Sägewerk hätten zwar als Grundlage eines Lehrbetriebes dienen können, doch war der Abzug der Besatzung noch nicht abzusehen. Helling entschied sich für das Gutshaus in Jühnsdorf bei Zossen als Landfrauenschule und teilte „in Gegenwart des Verwalters von Wiepersdorf, Herrn Matton, dem Herrn Landrat mit, daß die Abt. III B 3 voraussichtlich auf die Übernahme des Gutshauses in Wiepersdorf verzichten“ werde.

Die Kreisverwaltung Luckenwalde wurde nun aktiv. Nach Rücksprache mit der Provinzialverwaltung plante der Landrat „zur Erhaltung dieses kulturhistorisch wertvollen von Arnimschen Besitzes“ ein Waisenhaus zu errichten. Die Bibliothek und eine Trachtensammlung sollten sichergestellt werden. Die Ackerfläche des Restgutes war als Siedlungsland vorgesehen, das lebende und tote Inventar des Gutshofs fiel an die Siedler. Eine entsprechende Anordnung der Provinzialbodenkommission an die Kreiskommission erging im März 1946. Das Amt für Arbeit und Sozialwesen der Provinzialverwaltung sollte das Herrenhaus übernehmen.

Inzwischen hatten sich auf Betreiben Bettina Enckes und Otto Mattons fünf ehemalige Gutsangehörige bereit erklärt, ihr Siedlungsland an das Restgut anzugliedern. Die Ackerfläche konnte dadurch nahezu verdoppelt werden. Unter diesen Voraussetzungen schien eine Nutzung als „Provinzialgemüsegut“ erreichbar. Die übrigen Siedler, denen die Kreisverwaltung die komplette Aufsiedlung des Restgutes zugesagt hatte, reagierten verärgert. Sie lehnten eine Revision der Bodenreform, und sei es in dieser eingeschränkten Form, kategorisch ab. Bettina Encke und Otto Matton ihrerseits warfen einem Teil der Siedler vor, sich weit über die vorgeschriebene „20 Morgen Grenze hinaus“ mit Land versorgt zu haben. Eine Liste mit den Namen der entsprechenden Bauern und den Antrag zur Errichtung eines Provinzialgemüsegutes übergab Otto Matton persönlich Anfang April 1946 der Provinzialverwaltung in Potsdam. Vizepräsident Rau ordnete eine Besichtigung des Betriebs durch den Leiter der Provinzialgüterverwaltung Reusch an.

Reusch besuchte Wiepersdorf am 12. April 1946. Sein Bericht war für die zukünftige Entwicklung von Dorf und Gut entscheidend. Reusch errechnete die Gesamtgröße der nicht aufgesiedelten Fläche, inklusive des angegliederten Landes der Gutsangehörigen und größerer Waldflächen, auf 233 Hektar. Trotz der guten Bodenklasse der Ackerflächen war der Betrieb in seinen Augen jedoch nicht als Provinzialgut geeignet. „Die Geschlossenheit des Gutshofes“ und die „für eine Saatzuchtwirtschaft besonders wichtige Arrondierung der Felder“ sei durch die Absiedlung nicht mehr vorhanden. Zweckmäßig erschien ihm die Aufsiedlung der Restackerfläche und die Verwendung des Gutshauses für soziale Zwecke. Reusch mahnte zwar die Überprüfung der Absiedlung an, weil „nicht immer nach den Bestimmungen der Bodenreform verfahren wurde und die Landzuweisung teilweise in unzulässiger Höhe erfolgte“, doch blieb dieser Hinweis ohne Folgen.

Die endgültige Lösung ergab sich beinahe zufällig. Einen Tag nach seinem Besuch nahm Reusch an einer Besprechung des Vizepräsidenten Rücker mit dem Leiter der Abteilung Kunst und Literatur in der DVV, Herbert Volkmann, teil. Volkmann sondierte die Möglichkeit, im Sudermann-Schloß Blankensee ein Schriftstellerheim einzurichten. Reusch schlug Wiepersdorf vor, weil Blankensee bereits aufgesiedelt war. Am 15. April 1946 besichtigten Rücker und Volkmann das Gut Blankensee. Es war, wie Reusch vermutet hatte, nicht geeignet. Für die Zeit „nach Ostern“ vereinbarte man eine Fahrt nach Wiepersdorf. Dort fiel am 13. Mai 1946 die Entscheidung, daß Schloß Wiepersdorf künftig als „Arbeitsheim für Schriftsteller“ genutzt werden sollte.

Die Vorgänge, die die ersten Monate der „Deutschen Dichterstiftung Wiepersdorf“ begleiteten, sollen an einer anderen Stelle dieser Arbeit erörtert werden. Die Konfliktlinien zeichneten sich bereits im Vorfeld ab. Bettina Encke, Otto Matton und anderen Gutsangehörigen war es gelungen, den Freiraum zu nutzen, den die Besatzung durch ihre lange Anwesenheit geschaffen hatte. Mit dem Schriftstellerheim war eine Nutzung verbunden, die auch das kulturelle Erbe des Ortes zu bewahren schien. Der eingeschlagene Weg wurde allerdings von gesellschaftlichen Kräften erkämpft, die im Verlauf der Jahre 1946 und 1947 immer mehr in die Defensive gerieten. Die Umwandlung auf dem Lande begünstigte Kleinbauern, Landlose und Neusiedler. Sie waren nicht bereit, auf ihre neuen Privilegien zu verzichten. Von ihnen muß daher zunächst die Rede sein.